

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Andreas Glück FDP/DVP**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft**

**Verbraucherschutzansätze für  
leitungsgebundene Wärmeversorgung**

**Kleine Anfrage**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Rückschlüsse zieht sie aus der jüngsten Einigung zwischen dem Bundeskartellamt und den Stadtwerken Leipzig zur Senkung der Fernwärmepreise?
2. Inwieweit kommen die in Baden-Württemberg tätigen Fernwärmeversorger nach ihrer Kenntnis in ausreichendem Maße der Pflicht zur Veröffentlichung ihrer Wärmepreise nach?
3. a) Ist ihr das Preisregulierungsmodell für Anlagen zur kollektiven Wärmeversorgung nach Kapitel 4 des dänischen Wärmeversorgungsgesetzes (Varmeforsyningslovens §§ 20 bis 22 a) bekannt und wie steht sie dazu?  
b) Wenn ja: Wie bewertet sie angesichts des unzulänglichen Rechtsschutzes für Verbraucher, die als Mieter selbst keine Fernwärme-Vertragspartner sind, die gesetzliche Regelung nach Varmeforsyningslovens § 20 Absatz 6?
4. Wie bewertet sie in diesem Zusammenhang den alternativen Vorschlag über die Schaffung eines gesetzlichen Abtretungsanspruchs oder einer Regelung zur Prozessstandschaft?
5. Wie bewertet sie den Vorschlag des Bundeskartellamtes, die leitungsgebundene Wärme in den Geltungsbereich von § 29 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufzunehmen?
6. Wie bewertet sie den Vorschlag, die Nah- und Fernwärme in den Anwendungsbereich der bestehenden Regelung zur Schlichtungsstelle für Gas und Elektrizität in § 111 b des Energiewirtschaftsgesetzes aufzunehmen?

7. Welche Möglichkeiten sieht sie, neben dem Arbeitspreis weitere Anteile der Fernwärmepreise und hier insbesondere die im Durchschnitt stetig steigenden Grundpreisanteile gesetzlich zu regulieren?
8. Wie bewertet sie die Forderung nach Einführung eines Rechts der Verbraucher auf Absenkung des Anschlusswertes auch während der Vertragslaufzeit?
9. Inwieweit ist sie in Anbetracht ihrer landespolitischen Zielsetzung des verstärkten Ausbaus von Wärmenetzen dazu bereit, im Wege einer Bundesratsinitiative die oben aufgezeigten Vorschläge ganz oder teilweise in die Entwicklung eines regulatorischen Rahmens für die aus Wettbewerbs- und Verbrauchersicht problematische leitungsgebundene Wärmeversorgung einzubringen?

20.05.2015

Glück FDP/DVP

#### Antwort

Mit Schreiben vom 10. November 2015 Nr. 4-4452.89/95 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

*1. Welche Rückschlüsse zieht sie aus der jüngsten Einigung zwischen dem Bundeskartellamt und den Stadtwerken Leipzig zur Senkung der Fernwärmepreise?*

Dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg liegen keine näheren Informationen zu diesem vom Bundeskartellamt geführten Missbrauchsverfahren vor. Es ist im Übrigen das erste vom Bundeskartellamt abgeschlossene Missbrauchsverfahren im Fernwärmesektor, das keine generellen Rückschlüsse, auch nicht für die Beurteilung der baden-württembergischen Fernwärmeversorgungssituation, erlaubt.

*2. Inwieweit kommen die in Baden-Württemberg tätigen Fernwärmeversorger nach ihrer Kenntnis in ausreichendem Maße der Pflicht zur Veröffentlichung ihrer Wärmepreise nach?*

Es besteht keine generelle Pflicht zur öffentlichen Bekanntgabe der Wärmepreise. So wird die reine Anwendung einer Preisanpassungsklausel i. S. d. § 24 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) nicht als Änderung des Versorgungsvertrages verstanden und muss dementsprechend nicht öffentlich bekannt gegeben werden. Das Fernwärmeversorgungsunternehmen hat allerdings seine allgemeinen Versorgungsbedingungen, soweit sie in der AVBFernwärmeV nicht abschließend geregelt sind oder davon abweichen, einschließlich der dazugehörigen Preisregelungen und Preislisten in geeigneter Weise öffentlich bekannt zu geben, vgl. § 1 Absatz 4 AVBFernwärmeV. Diese Bekanntmachungen werden vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft nicht systematisch erfasst. Nach Kenntnis der Energiekartellbehörde Baden-Württemberg veröffentlichen aber dennoch zahlreiche Versorger ihre Wärmepreise auf ihrer Internetseite.

3. a) *Ist ihr das Preisregulierungsmodell für Anlagen zur kollektiven Wärmeversorgung nach Kapitel 4 des dänischen Wärmeversorgungsgesetzes (Varmeforsyningslovens §§ 20 bis 22 a) bekannt und wie steht sie dazu?*
- b) *Wenn ja: Wie bewertet sie angesichts des unzulänglichen Rechtsschutzes für Verbraucher, die als Mieter selbst keine Fernwärme-Vertragspartner sind, die gesetzliche Regelung nach Varmeforsyningslovens § 20 Absatz 6?*

Nein.

4. *Wie bewertet sie in diesem Zusammenhang den alternativen Vorschlag über die Schaffung eines gesetzlichen Abtretungsanspruchs oder einer Regelung zur Prozessstandschaft?*

Bei der Energiekartellbehörde Baden-Württemberg sind bislang keine Beschwerden von Mietern eingegangen, die Ansprüche gegenüber dem Fernwärmeversorger aus abgetretenem Recht geltend machen wollten, jedoch mangels Abtretung hieran gehindert waren. Der Rechtsprechung lässt sich zudem entnehmen, dass bereits de lege lata Abtretungsansprüche des Mieters gegen den Vermieter wegen vermeintlicher Rückerstattungsansprüche in Betracht kommen (vgl. Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Urteil vom 27. November 2013, Az.: 531 C 304/12). Daher erscheint es zweifelhaft, ob für eine gesetzliche Regelung Bedarf besteht.

5. *Wie bewertet sie den Vorschlag des Bundeskartellamtes, die leitungsgebundene Wärme in den Geltungsbereich von § 29 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufzunehmen?*

Im Zuge von Änderungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) hat sich der Bundesrat in den letzten Jahren mit Unterstützung Baden-Württembergs für eine Einbeziehung der Anbieter von Fernwärme in den Anwendungsbereich der Norm ausgesprochen. Die Bundesregierung ist diesen Vorschlägen nicht gefolgt, sodass die Geltung der Übergangsvorschrift des § 29 GWB ohne Einbeziehung der Fernwärme bis zum 31. Dezember 2017 verlängert wurde. Nachdem zwischenzeitlich höchstrichterlich Inhalt und Umfang einer Missbrauchsprüfung durch kartellbehördliche Kostenkontrolle auf der Basis des § 19 GWB geklärt wurde, ist dieses ursprünglich vorgebrachte Argument für die Einbeziehung der Fernwärme in § 29 GWB zwischenzeitlich entfallen. Im Übrigen lässt sich missbräuchliches Verhalten von Fernwärmeversorgern auch auf Basis von § 19 GWB hinreichend aufgreifen. Da die Vorschrift des § 29 GWB ohnehin nur bis zum 31. Dezember 2017 befristet ist und sie in der Praxis bislang keinerlei Bedeutung bezüglich Strom und Gas erlangt hat, sieht das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft derzeit auch keinen Bedarf mehr für die Aufnahme der Fernwärme in den Anwendungsbereich des § 29 GWB.

6. *Wie bewertet sie den Vorschlag, die Nah- und Fernwärme in den Anwendungsbereich der bestehenden Regelung zur Schlichtungsstelle für Gas und Elektrizität in § 111 b des Energiewirtschaftsgesetzes aufzunehmen?*

Nach § 1 Abs. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) bezieht sich das Gesetz nur auf die leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas. Andere Energieträger und damit auch die Nah- und Fernwärme sind aus dem Anwendungsbereich des EnWG ausgeschlossen. Daher wäre es systematisch nicht überzeugend von diesem Grundsatz ausnahmsweise in § 111 b GWB abzuweichen und die Nah- und Fernwärme in den Anwendungsbereich der Norm aufzunehmen. Im Übrigen sind die Fragen, die an die Schlichtungsstelle Energie herangetragen werden, ganz verschiedener Natur und hängen oft mit der Öffnung des Wettbewerbs zusammen, etwa wenn es um Probleme beim Anbieterwechsel geht. Bei der Nah- und Fernwärmeversorgung steht hingegen der Aspekt der Angemessenheit des Preises deutlich im Vordergrund. Die Prüfung der Angemessenheit der Preise ist aber nicht eigentliche Aufgabe einer Schlichtungsstelle und würde erhebliche Kosten verursachen, die dann letztlich zum Teil ggf. auch von den Kunden zu tragen wären.

*7. Welche Möglichkeiten sieht sie, neben dem Arbeitspreis weitere Anteile der Fernwärmepreise und hier insbesondere die im Durchschnitt stetig steigenden Grundpreisanteile gesetzlich zu regulieren?*

Die Einführung eines gesetzlichen Regulierungsregimes für den Fernwärmemarkt wäre mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden, da eine Vielzahl von Fernwärmenetzen dem Regulierungsregime unterworfen wären und dennoch die Vorteile einer Liberalisierung wie im Strom- und Gasmarkt nicht zu erzielen sind. Es ist daher sehr zweifelhaft, ob der Aufwand einer Regulierung der Fernwärme im angemessenen Verhältnis zum erwartenden Nutzen stehen würde. Sinnvoller erscheint es, bei konkretem Verdacht von missbräuchlich überhöhten Preisen hierauf mit den bestehenden zivilrechtlichen und kartellbehördlichen Maßnahmen zu reagieren.

*8. Wie bewertet sie die Forderung nach Einführung eines Rechts der Verbraucher auf Absenkung des Anschlusswertes auch während der Vertragslaufzeit?*

Nach der § 3 AVBFernwärmeV ist der Kunde bereits jetzt schon berechtigt, Vertragsanpassungen bis hin zur Absenkung des Anschlusswertes zu verlangen, soweit er seinen Wärmebedarf unter Nutzung regenerativer Energiequellen, einschließlich Holz als Brennstoff, deckt. Sinkt aus anderen Gründen der Wärmebedarf, beispielsweise durch Dämmmaßnahmen, kommt es auf die individuelle Vertragsgestaltung an. Ein Recht zur Anpassung besteht nicht zwingend.

Die Einführung eines generellen Rechts zur Absenkung des Anschlusswertes während der Vertragslaufzeit und des damit einhergehenden Rechts zur Reduzierung des fixen Preisbestandteils muss die verschiedenen Interessen berücksichtigen und sollte sorgfältig abgewogen werden.

Insoweit darf nicht übersehen werden, dass die Fernwärmeversorger bei der Kalkulation ihrer Entgelte in der Regel bestimmte Absatzmengen oder Anschlussleistungen zugrunde legen und darauf aufbauend ihre Investitionen tätigen. Bei der Preiskalkulation dürften gerade diese Investitionskosten in die Kalkulation der fixen Preisbestandteile einfließen, unter der Annahme, dass diese über die gesamte Vertragslaufzeit gezahlt werden. Ein generelles Recht zur kurzfristigen Absenkung des Anschlusswerts und damit zur Senkung der fixen Preisbestandteile während der Vertragslaufzeit würde den Fernwärmeversorgern mithin eine verlässliche Preiskalkulation erschweren. Eine Absenkung bei einer Gruppe von Kunden geht im Übrigen, soweit nicht dadurch variable Kosten sinken, meist mit einer Verteuerung von spezifischen festen oder mengenbezogenen Preisbestandteilen für alle Kunden einher.

Gleichzeitig ist die Erhöhung der Gebäudeenergieeffizienz zentral für das Gelingen der Energiewende und damit für den Klimaschutz, und Hürden hierfür wären kritisch zu beurteilen. Dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft liegen allerdings derzeit keine Hinweise darauf vor, dass es generell eine mangelnde Bereitschaft der Fernwärmeversorger, den Anschlusswert anzupassen, gäbe.

*9. Inwieweit ist sie in Anbetracht ihrer landespolitischen Zielsetzung des verstärkten Ausbaus von Wärmenetzen dazu bereit, im Wege einer Bundesratsinitiative die oben aufgezeigten Vorschläge ganz oder teilweise in die Entwicklung eines regulatorischen Rahmens für die aus Wettbewerbs- und Verbrauchersicht problematische leitungsgebundene Wärmeversorgung einzubringen?*

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sieht derzeit kein Erfordernis, für die leitungsgebundene Wärmeversorgung einen weitergehenden regulatorischen Rahmen zu entwickeln.

Untersteller

Minister für Umwelt,  
Klima und Energiewirtschaft